



STEFAN BACH

# Grundeinkommen: Liberaler Sozialismus

Stefan Bach ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Staat im DIW Berlin  
Der Kommentar gibt die Meinung des Autors wieder.

Das bedingungslose Grundeinkommen ist eine alte Utopie der Sozialpolitik. Die Idee: Alle Menschen bekommen Geld vom Staat, unabhängig von Bedürftigkeit oder Erwerbsfähigkeit. Damit dies auf einem existenzsichernden Niveau liegt, schlägt die Initiative Mein Grundeinkommen 1200 Euro im Monat vor, Kinder und Jugendliche erhalten die Hälfte. Aber das wird teuer und kostet den Fiskus gut 1100 Milliarden Euro im Jahr.

Dieses Grundeinkommen soll die existenzsichernden Sozialleistungen wie Bürgergeld, Grundsicherung im Alter, Kinderzuschlag, Wohngeld oder BAFöG ersetzen, das Kindergeld kann ebenfalls wegfallen. Dadurch spart der Staat aber nur gut 100 Milliarden Euro. Es verbleibt also ein Finanzbedarf von knapp 1000 Milliarden Euro, immerhin ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts. Um das zu finanzieren, müsste das Steueraufkommen verdoppelt werden, wie unsere aktuelle Studie zeigt. Die Einkommensteuer müsste auf durchschnittlich gut 60 Prozent steigen oder die Mehrwertsteuer kräftig erhöht werden. Auch Steuervergünstigungen könnten abgeschafft oder vermögensbezogene Steuern gestärkt werden.

Der Staat gibt also das Grundeinkommen in die linke Tasche und nimmt es mit höheren Steuern aus der rechten wieder heraus. Im Durchschnitt wird die Bevölkerung nicht stärker belastet, aber es wird umverteilt von oben nach unten. Menschen mit geringen und mittleren Einkommen profitieren per Saldo. Bei ihnen übersteigt das Grundeinkommen die zusätzlichen Steuerbelastungen. Draufzahlen müssen die Menschen mit hohen Einkommen oder Vermögen. Werden diese stärker besteuert, würde ein großer Teil der Bevölkerung profitieren. Bei einer Finanzierung über eine proportionale Einkommensteuer oder die Mehrwertsteuer wäre die Umverteilung weniger ausgeprägt, aber immer noch erheblich.

Die Einkommensverteilung gleicht sich also deutlich an, Einkommensarmut verschwindet weitgehend, Geringverdienende werden deutlich bessergestellt. Dass die Menschen besser abgesichert sind, dürfte ihre Lebensqualität und Entfaltungsmöglichkeiten erhöhen. Stigmatisierungen und Sanktions-

drohungen bei der Grundsicherung entfallen, dafür erforderliche Bürokratie kann eingespart werden.

Ist das eine realistische Utopie? Ein dritter Weg zwischen (Neo-)Liberalismus und Sozialismus? Die Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung wird nicht grundsätzlich verändert, niemand wird bevormundet, die Wohlhabenden werden nicht enteignet. Aber die Steuersätze auf eigene Einkommen oder auch Konsum und Vermögen müssen kräftig steigen, die Wohlhabenden verlieren.

Viele werden dies nicht akzeptieren. Zu befürchten ist, dass dann weniger gearbeitet und investiert wird. Vor allem für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen werden reduzierte Arbeitszeiten interessant, da sie per Saldo mehr Geld zur Verfügung haben. Oder sie könnten früher in Rente gehen, eine Auszeit nehmen, weniger gut bezahlten Tätigkeiten nachgehen oder auf Karrieremöglichkeiten verzichten. Ferner steigen die Anreize, sich in Schattenwirtschaft und Schwarzarbeit zu betätigen. Menschen mit hohen Einkommen und Vermögen könnten versuchen, Steuergestaltungen zu nutzen. Es kann auch gegenläufige Effekte geben. Bildungsniveau und Leistungsbereitschaft könnten steigen, damit auch die Produktivität. Die genauen Wirkungen sind schwer zu prognostizieren.

Ein weiterer Nachteil ist, dass das Grundeinkommen besondere Bedürfnisse des Einzelfalls nicht berücksichtigt – es soll ja möglichst einfach an alle gezahlt werden, ohne aufwändige Prüfungen. Sonderbedarfe, etwa Behinderung oder Krankheit, müssten aber weiterhin genauer ermittelt werden wie bisher.

Grundsätzlich ist ein existenzsicherndes Grundeinkommen für alle zwar möglich, aber derzeit wenig realistisch. Dennoch fasziniert das Konzept viele, es hat politisches Potenzial. Viele Entwicklungen weisen bereits in diese Richtung: Beim Bürgergeld wurden Bedürftigkeitsprüfung und Sanktionen abgebaut. Auch das geplante Klimageld ist ein kleines Grundeinkommen, mit dem Einnahmen aus der CO<sub>2</sub>-Bepreisung zurückgegeben werden sollen. Das eröffnet Perspektiven für mehr.

## IMPRESSUM

---



DIW Berlin — Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.

Mohrenstraße 58, 10117 Berlin

[www.diw.de](http://www.diw.de)

Telefon: +49 30 897 89-0 Fax: -200

90. Jahrgang 8. September 2023

### Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso; Sabine Fiedler; Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.;  
Prof. Dr. Peter Haan; Prof. Dr. Claudia Kemfert; Prof. Dr. Alexander S. Kritikos;  
Prof. Dr. Alexander Kriwoluzky; Prof. Dr. Lukas Menkhoff; Prof. Karsten  
Neuhoff, Ph.D.; Prof. Dr. Carsten Schröder; Prof. Dr. Katharina Wrohlich

### Chefredaktion

Prof. Dr. Pio Baake; Claudia Cohnen-Beck; Sebastian Kollmann;  
Kristina van Deuverden

### Lektorat

Prof. Dr. Martin Gornig

### Redaktion

Rebecca Buhner; Dr. Hella Engerer; Ulrike Fokken; Petra Jasper; Kevin Kunze;  
Sandra Tubik

### Vertrieb

DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg

[diw@burdadirect.de](mailto:diw@burdadirect.de)

Telefon: +49 781 639 67 20

### Gestaltung

Roman Wilhelm, Stefanie Reeg, Eva Kretschmer, DIW Berlin

### Umschlagmotiv

© imageBROKER / Steffen Diemer

### Satz

Satz-Rechen-Zentrum Hartmann + Heenemann GmbH & Co. KG, Berlin

### Druck

USE gGmbH, Berlin

ISSN 0012-1304; ISSN 1860-8787 (online)

Nachdruck und sonstige Verbreitung – auch auszugsweise – nur mit  
Quellenangabe und unter Zusendung eines Belegexemplars an den  
Kundenservice des DIW Berlin zulässig ([kundenservice@diw.de](mailto:kundenservice@diw.de)).

Abonnieren Sie auch unseren DIW- und/oder Wochenbericht-Newsletter  
unter [www.diw.de/newsletter](http://www.diw.de/newsletter)